

Begrüßung
von Dr. Michael Bürsch,
Vorsitzender des Unterausschusses
„Bürgerschaftliches Engagement“
des Deutschen Bundestages
anlässlich des Nationalen Forums
für Engagement und Partizipation
am 27. April 2009

Als quasi Hausherr und als Kollege von rund 600 Abgeordneten begrüße ich Sie sehr herzlich, Herr Hoofe, Herr Olk, auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag und vor allem die große Gemeinde der Engagierten, der Aktivisten, die heute hier versammelt ist. Ich sehe viele vertraute Gesichter, die sich schon in den letzten zehn Jahren um unser Thema sehr verdient gemacht haben.

Ich möchte am Anfang mit Freude, Lob und Anerkennung beginnen, denn in einem Vorgespräch hat Herr Hoofe eben gesagt, es ist auch sonst im Leben so, dass sich alle sieben Jahre etwas ändert oder dass man vielleicht auch einen großen Sprung vorankommt. Das, was wir heute erleben, ist für mich als früherer Vorsitzender der Enquete-Kommission, und ich glaube auch für die Mitstreiterinnen und Mitstreiter von damals, ein enormer Sprung nach vorne. Wenn wir vor zehn Jahren gestartet sind mit einer Großen Anfrage Ehrenamt und den Verdiensten, die das Ehrenamt und das individuelle Engagement in Deutschland hat, sind wir jetzt eine Dimension weiter. Wir reden nicht nur und nicht mehr allein über das individuelle Engagement, sondern über die gesellschaftspolitische Komponente.

Damals in der Enquete-Kommission haben wir versucht, es so anzulegen: es geht um ein Demokratieprojekt, um Beteiligung, darum, die Gesellschaft mit den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, des Bürgerengagements voranzubringen. Und an der Stelle sehe ich uns heute, noch früher als manche uns vorhergesagt haben. Es gab eher die Prognose, dass das zehn Jahre oder noch ein bisschen länger dauert. Nach sieben Jahren ist manche Ehe in der Krise, aber wir sind beim Engagement wirklich einen großen Schritt vorangekommen. Das konstatiere ich mit Freude.

Und ich nehme auch mit großer Freude zur Kenntnis, welches Verfahren gewählt worden ist. Wenn man von Engagement redet – darüber waren wir uns damals schon einig –, dann ist das A und O die Beteiligung, das heißt, den Menschen, die sich engagieren wollen, nicht nur eine Lücke zuzuweisen, wo sie sich betätigen, sondern dass sie wirklich die Möglichkeit haben, zu sagen, was gemacht wird und wie es gemacht wird. Das ist ganz, ganz wichtig. Wir haben den Verbänden, den großen Wohlfahrtsverbänden gesagt, dass mehr Demokratie wagen auch bei ihnen durchaus eine Rolle spielen kann. Und das sagen wir auch heute, wenn wir auf dem Weg sind zu einer Agenda oder auf dem Weg sind, eine Strategie gemeinsam zu entwickeln, Engagement, Politik als Querschnittsaufgabe gemeinsam zu beschreiben.

Ich bin wirklich sehr froh und auch dankbar dafür, dass das keine Angelegenheit von oben ist, sondern dass dieses – und Sie sind die Zeugen und die Betreiber dieses Projektes –,

dass dieses von unten geschieht, dass das aus der Zivilgesellschaft heraus passiert. Das ist ein ganz wichtiges Element dabei. An der Stelle ist der Weg, der gewählt worden ist, schon die Hälfte des Zieles.

Und dann bin ich auch dankbar, dass das BBE diese Aufgabe übernimmt. Das war ja eine der Empfehlungen in der Enquete-Kommission damals, so etwas wie ein BBE zu gründen, nicht einen Dachverband oder eine Lobbyvereinigung, sondern ein Netzwerk von all denen, die in der Zivilgesellschaft eine Rolle spielen. Und in den fünf, sechs Jahren, die es das BBE gibt, hat es auch immer mal Schwierigkeiten gegeben für den einen oder anderen Verband, für das eine oder andere Mitglied, den Tunnelblick auf das eigene Verbandsinteresse aufzugeben.

Und für mich ist das, was heute und in den nächsten Wochen und Monaten geschieht genau der Quantensprung: es gibt ein BBE, was sich als Netzwerk versteht, als Stimme der Zivilgesellschaft und das insofern auch über den Tellerrand blicken kann. Wohlfahrtsverbände, Sport, von Kultur und andere müssen ihre Verbandsinteressen weiter behalten, müssen aber auch für das Ganze, um das es uns heute geht, darüber hinausblicken können. Also Dank auch, dass dieses möglich ist und Dank an Sie alle, dass Sie heute, vielleicht auch am 15. Mai, eine Zeitspende von einem Tag geben oder zwei Tagen, also zwölf oder wie viel Stunden Ihrer kostbaren Lebenszeit für dieses Projekt geben. Das ist überhaupt nicht selbstverständlich. An der Stelle Dank. Und mit Sigmund Freud gibt es ja wahrscheinlich eine Übereinstimmung mit Ihnen. Kritik, die häufig geübt ist, findet heute auch statt. Gegen Kritik kann man sich wehren, aber gegen Lob sind wir alle machtlos. Das werden Sie auch erleben.

Ich komme zu einem kleinen Blick zurück. Am 3. Juni 2002 ist der Bericht der Enquete-Kommission veröffentlicht worden, 200 Handlungsempfehlungen. Wir haben das nicht genau nachgezählt, aber es sind doch größere Abteilungen abgearbeitet worden. In der ersten Legislatur der Schutz der Engagierten, auch in dieser Legislatur Unfallversicherung und anderes, die Versicherungen der Länder, die jetzt als subsidiäre Versicherungen alle Fälle abdecken, die vielleicht irgendwo durch den Rost fallen. Da sind wir ein großes Stück vorangekommen, und zwar nicht nur durch Gesetzgebung, wir haben die rechtlichen Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Stichwort Gemeinnützigkeit – das war auch ein großer Schritt voran. Da bleibt noch etwas, das werden wir heute und in den nächsten Wochen bearbeiten. Aber da ist etwas geschehen. Wir haben auch Organisationen, wie das BBE, geschaffen, wir haben einen Unterausschuss als ständige Einrichtung im Parlament. Wenn man also das genauer anguckt, kann man jedenfalls sagen, dass wir ein gutes Stück vorangekommen

sind. Wir sind noch nicht am Ende der Arbeit. Das heißt, der Blick nach vorne sagt uns, es bleibt wirklich einiges zu tun.

Ich nenne nur zwei Stichworte, die uns heute und auch am 15. Mai beschäftigen werden. Das eine ist das ganz wichtige Stichwort Infrastrukturförderung. Das wird uns ganz sicher in der nächsten Zeit intensiv beschäftigen. Sie wissen alle, dass es die institutionelle Förderung gibt. In den Genuss kommen praktisch nur noch die Wohlfahrtsverbände seit 1925. Das ist ob ewig so geblieben, muss vielleicht in Ewigkeit nicht so bleiben, aber auf jeden Fall haben die im Grunde als einzige größere Einheit das Recht, Geld zu bekommen und es selber auch zu verwenden. Das haben die meisten, die hier sitzen, für irgendwelche kleineren oder größeren Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft nicht, sondern sind an die drei Jahre Projektarbeit gebunden. Da haben wir alle wahrscheinlich unsere Erfahrung gemacht, da gibt es – auch ich habe das im Bundestag häufig genug gesagt – leider viele, viele Projektruinen. Das ist nicht so gewollt, aber so ist es bei Modellprogrammen, die für drei Jahre angelegt sind – beim Bund mit dem Problem, dass wir daran gebunden sind, uns eigentlich nicht in kommunale Angelegenheiten einmischen zu dürfen.

Da gibt es aber Ausnahmen, und die würde ich zum Vorbild nehmen, nämlich das Programm Soziale Stadt. Das zeigt über viele Jahre, die das Programm läuft, dass man tatsächlich etwas auch als Bundesprogramm auflegen kann. Und woran wir mit dem Familienministerium und der Regierung arbeiten – da gibt es einen Gutachter, der sich damit auch intensiv beschäftigt, wie ich weiß, Professor Igel, der auch unser Gutachter in der Enquete war: Wie kann man eine dritte Säule errichten, neben dem Klassiker institutionelle Förderung, die es kaum noch gibt, bis auf wenige Fälle. Und dann die große Säule Projektförderung, mit dem Nachteil, dass gerade mal eine Infrastruktur aufgebaut wird, personell und sachlich, und dann heißt es im dritten Jahr schon wieder, der Abschlussbericht muss her. Und was kommt danach?

Da gilt es ein wesentlich größeres Stück Nachhaltigkeit zu erzielen und nicht nur den Bund, sondern – darüber sind wir uns mit Herrn Fleisch einig – auch die Stiftungen auf diesen Punkt aufmerksam zu machen. Auch da gibt es viele Modellprojekte, die auf drei Jahre laufen und dann mit einer, mit einem Abschlussbericht enden. Und was kommt danach? Auch Stiftungen und Unternehmen können an der Stelle mitwirken, können mitstricken daran, dass wir wirklich auf einer längeren Basis arbeiten. Die Selbsthilfe ist daran zum Beispiel auch interessiert. Ich sehe einen Vertreter dieser Richtung hier auch mit am Tisch. Wir müssen zu einer längerfristigen Form der Infrastrukturförderung kommen.

Und das zweite Stichwort lautet Beteiligung. Das wird uns auch in den ganzen zehn Dialogforen hier beschäftigen. Ich glaube, dass das auch etwas ist, was uns sogar im Bundestag mitbeschäftigen kann, was auf jeden Fall noch viel mehr in Gesetzgebung, in die Programme des Bundes, wie bei „Soziale Stadt“, und in unsere ganze Vorgehensweise auch in den Verbänden eine Rolle spielen kann. So dass wir Beteiligung nicht nur in vielleicht einer Form ermöglichen, wie auch mal den Finger heben, oder bei Fragen des Stadtteils auch mal zu einer Einwohnerversammlung zu gehen. Nein, da gibt es andere Modelle, wie Bürgerhaushalt zum Beispiel, die viel mehr Beteiligung ermöglichen, wenn sie ernst gemeint sind, wenn sie nicht nur Alibi sein sollen. Insofern ist das für mich auch eine Linie, die wir für die nächsten Jahre verfolgen.

Ich wollte zum Schluss noch eine politische Anmerkung machen. Ich glaube, dass das, worüber wir uns heute unterhalten, viel, viel mehr ist, als das, was mit Engagement von vielen noch immer als das Wesentliche betrachtet wird. Nicht, um es herabzuwerten – das Engagement von Übungsleitern, von Tafeln, von Hospizvereinigungen ist alles hoch verdientvoll –, aber worüber wir reden, ich habe es zu Anfang gesagt, ist eine politische Dimension. Und in der Zeit, in der wir uns befinden, in der Wirtschaftskrise ist es vielleicht doppelt und dreifach nötig. Herr Fleisch hat das eben auf einen, finde ich, guten Nenner gebracht. Die Krise, die jetzt – nicht um Cassandra zu spielen – die aber auf uns zukommt, die Veränderung durch Finanz- und Wirtschaftskrise, belastet unsere Gesellschaft. Da werden wir nicht dran vorbeikommen. Und das Bürgerschaftliche Engagement, diese Orientierung, die den Zusammenhalt auf sich hält, wird unsere Gesellschaft belastbarer machen. Ich finde das eine sehr richtige Beobachtung.

Günther Dörflein, hat, finde ich, völlig zu recht in diesen Tagen etwas veröffentlicht: „Wir stehen nach 60 Jahren bundesrepublikanischer Erfolgsgeschichte an einer weiteren Zeitenwende, vordergründig primär ökonomisch bedingt. Sie wird erhebliche Auswirkungen auf die Verfasstheit unseres Gemeinwesens haben, da sie an den Grundfesten unserer bisherigen Lebensweise rührt. Angesichts dessen herrscht eine seltsame Ruhe und Gelassenheit. Das ist in früheren Umbruchsituationen anders gewesen, aber möglicherweise waren sie einfacher zu überblicken, einzusortieren und zu verstehen.“

Die Einschätzung teile ich. Dennoch oder gerade deshalb wird Bürgergesellschaft eine enorm wichtige Rolle spielen. Wenn wir das bitte auch so verstehen, wenn wir zum Beispiel Beteiligung der Wirtschaft auch so verstehen, wohin unsere Gesellschaft steuert – nachdenken, ob das mit den 25 Prozent Rendite wirklich das Ziel ist, ob jetzt mal eine Ruhepause eintritt oder wir lösen das Problem über „Bad Banks“ und nach zwei oder drei Jahren wird

fröhlich weiter Kapital verwendet oder auch vernichtet und wir sind dann auf der dritten Stufe des Turbokapitalismus.

Also, was wir hier besprechen hat wirklich auch mit der Entwicklung unserer Gesellschaft zu tun, hat damit zu tun, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Und das ist auch eine Aufforderung an Wirtschaft, an Banker, die wir von der Zivilgesellschaft auch erheben können, wo wir uns auch melden können – Bitteschön, denkt mal über ein Modell nach mit uns zusammen, was sozialverträglicher und gesellschaftsverträglicher ist, was uns mehr Zukunft gibt.

In diesem Artikel von Herrn Dörflein wird ein wunderbares Zitat verwendet, was ich an das Ende stellen will. Es ist von Karl Popper, ein schlichtes Zitat, und man kann sagen, vielleicht ein bisschen naiv, aber ich halte es für richtig. Das Zitat lautet: „Optimismus ist Pflicht“, was genauer betrachtet heißen soll: wir haben auch die Entwicklung in dieser schwierigen Zeit mit in unseren Händen, wir können selber mit beeinflussen. Es gibt kein Gottesurteil, dass diese Finanzkrise vielleicht alles wegfegt oder dass es so etwas wie 1929 gibt. Wir haben viel mehr Möglichkeiten und wir haben viel, viel Sachverstand bei 82 Millionen Menschen, der über das Thema Bürgergesellschaft genutzt werden kann. Den können wir einbringen. Insofern heißt „Optimismus ist Pflicht“: die Zukunft ist offen, wir können gemeinsam etwas daraus machen. Und das ist für mich auch die Aufforderung, die von diesem Forum ausgehen kann, dass Sie alle und wir gemeinsam wirklich auch die Geschicke unseres Landes mit beeinflussen können.

Insofern ist Bürgergesellschaft, oder das, worüber wir reden, kein weiches Thema, kein Randthema, kein Exotenthema, sondern es ist wirklich Politik, und dazu möchte ich Sie auch bitten, dazu können Sie auch alle einen Beitrag leisten, wo immer Sie die Möglichkeit haben, dass wir da auch bohren und hartnäckig sind. Das wollen wir mitbestimmen und wir können es.

In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung viel Erfolg. Dank schon auch mal an das Familienministerium, dass es dies ermöglicht hat, aber dass es auch ermöglicht hat, dass es eine Veranstaltung aus der Zivilgesellschaft ist, nämlich durch das BBE organisiert. Und was da herauskommt, das muss das Familienministerium entgegennehmen. Es mag chaotisch sein, es mag vielleicht auch gar nicht erwünscht sein, aber die Ergebnisse wird das Familienministerium so entgegennehmen, wie sie von Ihnen, wie sie aus unserem Kreise kommen. Das ist auch eine souveräne Entscheidung, die ich begrüße, und das BBE macht das alles möglich.

Ansgar Klein hat mit seiner Mannschaft, mit seinem Team, Enormes auf die Beine gestellt, wirklich aus dem Boden gestampft, was wir hier jetzt erleben. Das war in wenigen Wochen wirklich ein Meisterwerk. Lieber Ansgar Klein, danke dafür.

Und der andere, den ich mal aus Ministeriumskreisen erwähnen möchte, ist Herr Matena, der für mich wirklich ein Vorbild für einen Beamten ist, der überhaupt nicht bürokratisch ist, die Vorschriften kennt, aber sie weit ausdehnt, auch am Sonntag im Amt ist, wenn es nötig ist. Herr Matena – herzlichen Dank dafür. Er hat viel dafür getan, dass wir alle hier zusammensitzen und hat das auf die Schiene gebracht.

In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung noch mal alles, alles Gute, viel Beteiligung. Und werden Sie unbequem, geben Sie uns möglichst viel auf den Weg, was wir in der Politik, der Verwaltung und in der Wirtschaft dann auch deponieren können.

Vielen Dank.